

Aussprache

Gleichberechtigung ist schwer erkämpft worden

(Zu dem Beitrag von Gabriele Bruns in Heft 12/2000, S. 669-677)

Eine junge Frau, die die ominöse Jahreszahl 1968 im Geburtsdatum trägt, klopft beherzt aus dem lila Gewand des altgewordenen Feminismus der zweiten deutschen Frauenbewegung eine dicke Staubwolke. Ein „Neo-Feminismus der Generation Berlin“ soll mit einem anderen Bewusstsein die alten Ziele besser erreichen.

Das so zart keimende Pflänzchen eines neuen weiblichen politischen Bewusstseins verdient einen Fruchtbarkeitstanz. Ich, ein Mann, der 1968 als 22-jährige Student mittendrin im Getümmel der Studentenbewegung war, wäre bereit mitzutanzten, käme mir allerdings alleine blöd vor. Als Mittänzerinnen wünsche ich mir die Generation Alice Schwarzer/Rita Süßmuth/Eva Rühmkorf.

Zur Hege gefährdeter Pflänzchen gehört nach alter Gärtner- und Gärtnerinnenweisheit auch das Besprechen. Ich möchte mich daran beteiligen, indem ich eine Geschichte erzähle: Es war einmal ein deutscher Bundeskanzler (Helmut Schmidt), der hatte im titanenhaften Kampf mit dem großen rechten Dämon der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte (Franz Josef Strauß) eine Bundestagswahl gewonnen. Das war ihm nur gelungen, weil ihm viele weibliche Stimmen gegeben worden waren. Also wuchs der Druck, die immerhin vorhandenen Ansätze einer Frauenpolitik kräftig aufzumotzen. Der Frauenclub seiner Partei wollte dafür eine Operationsbasis möglichst nah am Zentrum der Macht. Das Ziel war eine Art Frauen-Staatsminister im Kanzleramt.

Da dieser Bundeskanzler zu einer älteren Politikerbauart gehörte, die nur gewohnt war, mit je

einer Vorzeigefrau in jedem Kränzchen umzugehen, waren ihm diese jüngeren Weiber seines Frauenclubs ein Graus. Die scheuten sich ja nicht - wenn auch langfristig -, die halbe Welt zu fordern. In seiner großen Weisheit beauftragte er die damals einzige Frau in seinem Kabinett, Antje Huber, mit der Gründung eines Arbeitsstabes in ihrem Hause: „Sollen erst mal arbeiten die Frauen, dann sehen wir weiter!“

Verankert im machtlosesten aller Ministerien war dieses Nest weit genug weg vom Bundeskanzler. Es war sichergestellt, dass die darin sitzenden komischen Vögel ihm nicht dauernd respektlos ins Ohr zwitschern konnten. In seine Regierungserklärung nahm dieser Bundeskanzler allerdings auf Betreiben des kleineren Koalitionspartners (der F.D.P. – damals wehte noch ein wenig der Geist eines Hermann Flach in dieser Partei und Hildegard Hamm-Brücher war noch nicht marginalisiert) die Formulierung auf: „Wir wollen prüfen, ob durch ein Antidiskriminierungsgesetz die Situation der Frauen verbessert werden kann.“ Dieser eher vage Satz war manchen Kommentatoren so etwas wie der erste Riss in der Staumauer, der einen drohenden Dambruch signalisiert. Andere Kommentatorinnen sahen darin eine typische Ankündigungsbeschwichtigung - der Kanzler steht schon dafür ein, dass nichts passiert.

Die im Nebenjob zur Frauenministerin gewordene gestandene Ruhrgebiedsdame mit Hund gab zur Gründung des Arbeitsstabes die durchaus intelligente Devise aus: „Das darf aber kein reiner Frauenladen werden.“ Von zwölf Dienstposten sollten drei mit Männern besetzt werden.

Zwei Männer waren irgendwie schon da. Der dritte wurde mit den anderen neu zu besetzenden Frauenposten ausgeschrieben. Ich hatte mich aus Neugierde beworben – und musste mich im Rahmen der Männerquote nur mit ca. 20 Mitbewerbern messen, während die Frauenbewerbungen in die Hunderte gingen. So kam es, dass ich für meinen Bundeskanzler zu prüfen begann, ob durch ein Antidiskriminierungsgesetz...

Mitten in dieser Phase bekam ich von meiner Chefin, der Leiterin des Arbeitsstabes, den Auftrag, den Entwurf eines Aufsatzes zu liefern, den sie dann für ihre Zwecke ausformulieren wollte. Der Aufsatz sollte in „Aus Politik und Zeitgeschichte“, der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, erscheinen. Pflichtgemäß entwarf ich einen listigen Artikel, der in den historisch berichtenden und analytischen Teilen kein Blatt vor den Mund nahm, der sich aber bei dem definitiv politisch Ankündigenden im Ungefähren hielt. Ich war sehr gespannt, wie meine Leiterin diese Vorarbeit zu ihrem Artikel bewerten würde. Die Überraschung für mich als prospektivem Ghostwriter kam, als ich hörte, das sei ein ganz schöner Aufsatz. Er würde aber nicht zu ihr, der älteren frauenbewegten Gewerkschafterin passen. Der Aufsatz erschien also unter meinem Namen.

Der Arbeitsstab führte dann eine große Anhörung zum Anti-Diskriminierungsgesetz durch (bei der ich Alice Schwarzer kennenlernte) und wir entwarfen auch ein solches, genauso wie das Ratifizierungsgesetz zu dem „Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“. Der erstere Entwurf verschwand mit dem Sturz des Bundeskanzlers in einer sehr tiefen Schublade und der zweite führte zu meiner Versetzung von der Gleichberechtigung zum Giftrecht wegen ultrafeministischer Umtriebe.

Ungefähr zu der Zeit, als ich den Text schrieb, der dann unversehens gedruckt wurde, war ich auch Mitglied einer mit zwei Frauen und zwei Männern (Irmgard Gilbert, Hanne Pollmann, Jochen Dieckmann und ich) besetzten Gleichstellungskommission des Bonner Unterbezirks der großen linken Volkspartei SPD. Wir legten unserem Parteitag einen Vorschlag zur Einführung einer Quote bei der Besetzung von Parteiämtern vor. Es war eine herbe Enttäuschung für mich, dass der Vorschlag mit einer klaren Mehrheit verworfen wurde. Die führenden Frauen unserer Parteigliederung waren mit der Aussage

„in die Bütt“ gegangen: „Wir brauchen so etwas nicht!“ So weit meine Geschichte.

Ich freue mich, dass die große linke Volkspartei durch den Aufstieg einer kleineren Partei irgendwie links von der Mitte doch noch zur Einführung der Quote umgestimmt werden konnte, dass die Quote ihre segensreiche Wirkung in Richtung auf die deutliche Erhöhung des Anteils weiblicher Politiker entfaltet hat, und dass sogar der „Neo-Feminismus der Generation Berlin“ nicht von der Quote lassen will. Was allerdings immer noch fehlt, ist der erhoffte Umschlag von Quantität in Qualität durch die Quote. Irgendwie haben es die männlichen Politiker neuerer Bauart geschafft, sich auf die neuen Verhältnisse mit vielen Frauen überall einzustellen. Wo richtig Macht und richtig Geld ist, dominiert nach wie vor das Männliche, zuweilen perfekt verkörpert in einem Frauenleib.

Der Obersatz des „Neo-Feminismus der Generation Berlin“, der jetzt alles besser machen will, lautet: „Heute geht es darum, ... Gleichberechtigung nicht nur zu fordern, sondern einfach zu leben.“ Gegen diesen Satz erhebe ich Einspruch, weil ich das Gefühl nicht loswerde, dass hier ein entscheidender Denkfehler liegt. Gleichberechtigung ist eine Bedingung für ein Leben, in dem Menschen beiderlei Geschlechts nicht mehr auf schiefe Ebenen geraten, die sie in geschlechtstypische Lebensrollen einsortieren, obwohl anderes in ihnen steckt. Nicht Gleichberechtigung kann man leben, sondern Tugend, Talent, Tatkraft. Und da es trotz aller Single-Manie immer noch weit verbreitet ist, zu zweit zusammen zu leben, gibt es noch das wichtige Ziel der ebenbürtigen Verwirklichung von Lebensentwürfen und Träumen auch in einer engen Partnerschaft. Auch dafür ist Gleichberechtigung eine gute Voraussetzung, selbst wenn es seit je her immer wieder Frauen gegeben hat, die auch ohne die formale Gleichberechtigung eine bewundernswerte Lebensleistung vollbracht haben. Häufig waren solche Frauen ihren Partnern nicht nur ebenbürtig, sondern eindeutig überlegen. Gleichberechtigung soll mehr Frauen helfen, in diesem Sinne erfolgreich zu sein.

Blickt man von heute auf die Situation zu Beginn der achtziger Jahre zurück und fragt sich, warum die zweite deutsche Frauenbewegung damals ihr Momentum verloren hat, halte ich Vorwürfe an die damaligen Akteurinnen für unberechtigt. Es lag nicht an den lila Latzhosen oder an der verinnerlichten Opferrolle gegenüber den

Männern, dass es nicht zu einem breit angelegten Antidiskriminierungs- oder besser noch Gleichstellungsgesetz gekommen ist.

Es war eine Reihe von entschlossenen Männern, die in Deutschland bewusst eine politische Wende herbeiführten. Frauenpolitik oder Gleichstellungspolitik spielte dabei allenfalls am Rande als möglicher Störfaktor eine Rolle. Die führenden Frauen in der F.D.P., der Partei, die die Wende herbeiführte, hatten zu wenig Macht und Einfluss, um den klug eingefädelten Coup zu verhindern. Einige von ihnen verließen die kleine Partei, einige gingen bewusst ins innerparteiliche Abseits und einige arrangierten sich zum Teil widerwillig. Heraus kam bei alledem ein Umschlag der politischen Großwetterlage ins Konservative. Unter den neuen Bedingungen gelang als größeres politisch-gesetzgeberisches Projekt nur noch ein mühsam ausgehandelter parteienübergreifender Kompromiss zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs.

Heute wird oft die Wirkung der Studentenrevolte von 1968 diskutiert. Die zweite deutsche Frauenbewegung war eine von deren Produkten. Plötzlich ging nach Jahren der Erstarrung im „CDU-Staat“ der vom Staat induzierte gesellschaftliche Wandel im westlichen Teil Deutschlands schneller. Helmut Schmidt trat dann heftig auf die Bremse, weil er ahnte, dass zu viele sich in ihrer Lebenssituation bedroht sahen. Dass Kohl mit Genscher und Graf Lambsdorff siegen konnte, zeigt, dass das angeschlagene höhere Tempo der siebziger Jahre keine Mehrheit hatte. Die Ära Kohl war die Rache für 1968.

Gleichzeitig lief aber selbst unter der Oberfläche der konservativen Wende der gesellschaftliche Veränderungsprozess unaufhaltsam weiter. Patriarchale Lebenseinstellungen, die vor 20 Jahren noch in normalen deutschen Arbeiterhaushalten und beim Hochadel die Regel waren, findet man in Reinkultur heute nur noch in fundamentalistisch eingestellten Ausländerkreisen aus islamistischen Ländern. Natürlich gibt es noch häufig Macho-Verhalten, aber die Akteure wissen selbst, dass sie sich nicht politisch korrekt verhalten.

Wer in dieser Situation versucht, sich das Unbehagen von der Seele zu schreiben, indem er nicht nur das lila Gewand des alt gewordenen Feminismus, sondern die darin nach wie vor befindlichen Damen durchklopft, macht einen schweren Fehler. Ich glaube nicht, dass irgendjemand nur aus Koketterie in die Opferrolle ge-

schlüpft ist, und das Herauskommen aus dieser Rolle ist niemals nur ein schlichter Willensakt. Dazu bedarf es gelegentlich eines mühsamen Weges der Selbstfindung. Wenn junge Frauen das heute nicht mehr brauchen: umso besser.

Gleichberechtigung kann man nicht einfach nur „leben“. Gleichberechtigung ist schwer erkämpft worden, und das erreichte Niveau muss zäh mit Zähnen und Klauen verteidigt werden. Notwendig dazu ist Solidarität: Solidarität zwischen der selbst ernannten „Generation Berlin“ und der „Generation Schwarzer/Süßmuth/Rühmkorf“ und Solidarität zwischen Frauen und den Männern, die wissen, was sie in einer Welt ohne die falschen „schiefen Ebenen“ zu gewinnen haben, und die versuchen danach zu leben.

*Bernd Warnat,
Bonn*

Software statt Hammer und Keilhaue

(Zu dem Beitrag von Hans-Dieter Baroth in Heft 2/2001, S. 100-103)

Hans-Dieter Baroths Ausführungen über „New Dortmund“ sind interessant und sie legen den Finger in die offenen Wunden der Gewerkschaften. Doch meine Kritik lautet: Dieser Beitrag baut eine Klagemauer, aber keine Straße in die Zukunft. Baroth kritisiert zutreffend, dass die Gewerkschaften überwiegend keinen Zugang zu den jungen Beschäftigten in den neuen Branchen haben. Aber wer arbeitet denn in den neuen Branchen? Befinden sich nicht auch Kinder und Enkel der gewerkschaftlich gut organisierten Bergleute und Stahlarbeiter unter ihnen? Warum finden die Gewerkschaften keinen Kontakt zu diesen Kolleginnen und Kollegen? Diese Fragen beantwortet Baroth nicht! Und wenn Baroth zitiert: „Sie arbeiten rund um die Uhr, in drei Schichten, sieben Tage in der Woche“, dann haben die Beschäftigten in den neuen Branchen Arbeitszeiten wie die Berg- und Stahlarbeiter in den Nachkriegsjahren. Gibt es denn hier für die Gewerkschaften keine Ansatzpunkte?

Bereits in den Gewerkschaftlichen Monatsheften Nr. 2/1987 mahnte Walter Köpping, bis 1983 Leiter der Abteilung Bildung beim Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie: „Niemand sollte sich damit beruhigen, dass es bisher nur

wenige Austritte aus den Gewerkschaften gegeben hat. Die Mitgliederverluste werden erst noch kommen. Wir werden nicht genug junge Menschen für uns gewinnen." Diese Worte riefen zur Diskussion auf. Eine Diskussion fand aber nicht statt, weil zu viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ehrlichen Herzens glaubten, ihre Arbeit in den alteingefahrenen Bahnen erfolgreich fortführen zu können. Das war eine folgenschwere Fehleinschätzung. Oft höre ich in Gewerkschaftskreisen den Satz: „Aus der Geschichte lernen.“ Aber haben wir wirklich aus der Geschichte gelernt? Denn die Gewerkschaften standen schon mehrfach vor Umbruchsituationen. Hierzu ein Beispiel: Nach der Statistik von 1904 bis 1913 stellten die handwerklich orientierten Klempner, Schlosser, Dreher und Former die Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV), einem Vorläufer der IG Metall. Die übergroße Mehrheit der ungelerten Arbeiter, vor allem auch in der Stahlindustrie, waren gewerkschaftlich nicht organisiert. Die Metallarbeiter-Zeitung vom 28. Oktober 1905 verstieg sich sogar, diese Arbeiter als unintelligente nur am „Grobsinnlichen“ interessierte Massen zu bezeichnen. Aber der DMV lernte und sprengte nach 1919 seine ver-

krusteten Vorstellungen und Strukturen und entwickelte sich zu einer modernen Industriegewerkschaft. Er setzte sich mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der Stahlarbeiter auseinander und gewann in dieser Branche sprunghaft Mitglieder. Innerhalb der Industriearbeiterschaft galten die Metall- und Stahlarbeiter als die aktivste Gruppe. Heute kommt es für die Gewerkschaften darauf an, sich mit der Arbeits- und Lebenssituation der Beschäftigten in den neuen Branchen auseinander zu setzen und sie zu begreifen. Es gilt, ehren- und hauptamtliche Funktionsträger unter diesen Beschäftigten zu gewinnen, die als Multiplikatoren wirken. Dazu müssen erneut verkrustete Vorstellungen und Strukturen in den Gewerkschaften aufgebrochen werden. Um Verständnis bei den Kolleginnen und Kollegen in den neuen Branchen zu finden, bedarf es der sachlichen Information und Diskussion, der politischen Feinarbeit, Software statt Hammer und Keilhau. Denn mit kraftvollen Sprüchen werden wir sie nicht für uns gewinnen können.

*Heinz Rittermeier,
Arnsberg*